

Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Einzelne Nummer
30 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (u. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11857. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postcheckkonto Berlin 660

England verlangt endgültige Regelung.

Notenwechsel über das Programm des Obersten Rates.

Oberschlesien. — Sanktionen. — Kriegsbeschuldigte.

London, 3. August. (W. T. B.)

„Daily Chronicle“ meldet: Am Sonnabend finde eine Sitzung des Kabinetts statt, um über die Haltung Groß-Britanniens in den Fragen, die auf der Konferenz des Obersten Rates zur Verhandlung kommen, zu beschließen. Lloyd George und Curzon fahren am Montag, 11 Uhr vormittags, nach Paris ab. Wie der politische Vertreter des „Daily Chronicle“ meldet, werden in den wahrscheinlich am Montag beginnenden wichtigen Erörterungen der alliierten Finanzvertreter, die im Zusammenhang mit der Konferenz des Obersten Rates stattfinden und die Frage der deutschen Reparationen sowie andere Fragen betreffen, auf britischer Seite Sir Robert Horne und mehrere Vertreter des britischen Schatzamtes teilnehmen.

Ein diplomatischer Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: Zwischen den hauptsächlich beteiligten Mächten findet augenblicklich ein lebhafter Gedankenaustausch über das Programm der bevorstehenden Pariser Konferenz des Obersten Rates statt. England hoffe, daß die Konferenz nicht lange währe, und möchte einen baldigen Abschluß dadurch ermöglichen, daß die Beratungen auf Fragen beschränkt werden, die unbedingt ohne weitere Verzögerung gelöst werden müssen. Unter diesen Fragen befindet sich die ober-schlesische Frage, die Frage der Rhein-Sanktionen, der Kriegsbeschuldigten und auch Fragen bezüglich Bezahlung der deutschen Verpflichtungen.

Was Oberschlesien anbetrifft, so scheint trotz der „elastischen Ansichten“ der italienischen Sachverständigen wenig Aussicht zu bestehen, daß der Ausschuss der Sachverständigen zu einer Einigung gelange. Pessimisten seien daher der Ansicht, daß der Oberste Rat nicht in der Lage sein werde, eine Lösung der Grenzfrage zu finden und sich mit Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung werde begnügen müssen, wozu die Entsendung von alliierten Verstärkungen nach Oberschlesien gehören könne, aber nicht gehören müsse. „Daily Telegraph“ zufolge ist man jedoch in britischen Kreisen entschlossen, die ober-schlesische Frage endgültig zu regeln. Die gleiche Ansicht herrscht in bezug auf die Rhein-Sanktionen. Die Engländer sind der Meinung, daß die neue Garantie-Kommission, der einige der Alliierten die Frage der Sanktionen überweisen wollen, nicht befugt sein kann, Maßnahmen von großer militärischer und wirtschaftlicher Wichtigkeit, die ursprünglich vom Obersten Rat getroffen wurden, aufzuheben. In manchen Kreisen besteht laut „Telegraph“ bereits Neigung zu einem Ausgleich in der Sanktionsfrage, der darin bestünde, daß die Befestigung der Ruhrorte aufrechterhalten, dagegen die künstliche Zollgrenze aufgehoben werde.

Begünstigt der Frage der Kriegsbeschuldigten erscheint es durchaus möglich, daß Frankreich und vielleicht auch Belgien den Wunsch zum Ausdruck bringen werden, die Beschuldigten selbst abzuurteilen.

Die „Times“ schreiben, die Zeit für eine letzte Besprechung der internationalen Politik der Alliierten sei gekommen. Aber heute deute alles darauf hin, daß die alliierten Regierungen im gegenwärtigen Augenblick nicht bereit seien, eine gründliche Erörterung vorzunehmen. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß die Konferenz nur zusammengefallene Kompromisse ergäbe, und daß die dringendsten und schwierigsten Fragen in den Ausschüssen verschwinden würden.

In Beantwortung einer Anfrage erklärte im Unterhause der Generalstaatsanwalt, die Frage der deutschen Kriegsbeschuldigten müsse von den Alliierten gemeinsam beraten werden. Er hoffe, diese Frage werde auf der bevorstehenden Konferenz des Obersten Rates erörtert werden. Dann werde man weiter erwägen, ob die einzelnen Beschuldigten in den verschiedenen Ländern, die gegen sie Anklage erheben, vor Gericht gebracht werden sollen.

„Manchester Guardian“ berichtet, auf Seiten der französischen Sachverständigen mache sich das Bestreben bemerkbar, in Oberschlesien nicht nur die polnischen, sondern auch die deutschen Interessen zu berücksichtigen. Paris scheint bereit, die Berechtigung dessen anzuerkennen, was London schon vor vielen Wochen vorschlug, nämlich, daß die unanfechtbar deutschen Gebiete sofort Deutschland und die unbestreitbar polnischen Bezirke Polen zugewiesen werden sollen. Das

Blatt meint, es drohe jedoch die Gefahr, daß bei einem solchen Verfahren die Franzosen auf einem zeitweiligen Regime des Industriegebiets nach Art des Saarregimes bestehen würden. Die Engländer seien aber gegen die Abhaltung einer neuen Abstimmung in einigen Jahren. Die britische Regierung werde zweifellos darauf dringen, daß das gesamte ober-schlesische Problem nächste Woche geregelt wird.

Frankreich für neuen Aufschub.

Die Verstärkungen für Oberschlesien.

* Paris, 3. August.

„Petit Parisien“ kommt unter Bezugnahme auf die englische Meldung, daß die Beratungen der alliierten Regierungen nur eine verhältnismäßig kurze Zeit in Anspruch nehmen werden, heute erneut auf die Entsendung von Sachverständigen nach Oberschlesien zu sprechen. Er führt aus, daß gleich in den ersten Sitzungen des Obersten Rates überaus schwierige Fragen zu lösen wären. General Le Rond, der selbstverständlich von der Kommission angehört werden würde, werde sicher von neuem bestätigen, daß die Entscheidung über die künftige deutsch-polnische Grenze in Oberschlesien, wie sie auch ausfallen möge, von Seiten der Deutschen oder der Polen oder gleichzeitig von beiden Seiten Rundgebungen hervorgerufen werde, die die Ordnung im Abstimmungsgebiet schwer gefährden und die Sicherheit der alliierten Truppen in Frage stellen könnten, wenn die letzteren nicht verstärkt werden sollten. Ebenso gewiß sei es, daß Marshall Foch, der gleichfalls sein Gutachten abzugeben haben werde, die Entsendung von wenigstens einer Division vorschlagen werde. Diese Division müsse, wolle man Unruhen vermeiden, in Oberschlesien bereits eingetroffen sein, wenn der Oberste Rat endgültig über die künftige Grenzführung Beschluß gefaßt haben werde. Nun habe man herausgefunden, daß der Transport dieser Verstärkungen mehr Zeit in Anspruch nehme, als man zuerst geglaubt habe. Nach Auskünften aus bester Quelle könne man höchstens damit rechnen, drei Militärszüge täglich durch Deutschland gehen zu lassen, wolle man nicht die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen auf dem Transportwege und die ungestörte Aufrechterhaltung des übrigen Verkehrs außer acht lassen. Man müsse also damit rechnen, daß mindestens 12 bis 15 Tage zwischen dem Augenblick, wo Deutschland die Entsendung der Truppen notifiziert wird, und der Ankunft der letzten Kontingente in Oberschlesien vergehen würden. Die Engländer bestünden aber darauf, daß die Entscheidung durch den Obersten Rat getroffen werde.

Die „Journal“ aus Lona berichtet, teilt Exchange Telegraph mit, die englische Kommission, die jetzt die Kreise Pleß und Rybnitz bereist, um sich über die Stimmung der Bevölkerung aufzuklären, solle einen Bericht erstatten, den Lloyd George dem Obersten Rat vorzulegen beabsichtige.

Belgien vermittelt wieder?

Brüssel, 2. August. (W. T. B.)

Der belgische Minister des Äußeren Jaspar ist nach London abgereist, wo er mit Lord Curzon über verschiedene wirtschaftliche sowie über die gegenwärtig schwebenden politischen Fragen verhandeln wird.

Der Ententeschritt in Berlin.

Drahtmeldung.

Paris, 3. August. (E. E.)

Ueber die Verzögerung des gemeinsamen Schrittes der drei alliierten Botschafter in Berlin, erfährt der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien“, er habe aus englischer Quelle erfahren, daß diese Verzögerung auf einem Irrtum in der Uebersetzung des vom Londoner Auswärtigen Amt an Lord D'Albarnon abgesandten chiffrierten Telegramms beruhe. Bei der Uebersetzung enthielt das Telegramm eine Bedingung, durch die sein Inhalt eine wesentliche Abänderung erfuhr, so daß Lord D'Albarnon der Ansicht war, sich dem Schritte seiner französischen und italienischen Kollegen nicht anschließen zu können, bevor er nicht über die Angelegenheit nach London berichtet hätte. Gestern abend fand nun das Foreign Office an Lord D'Albarnon ein neues Telegramm, in dem erklärt wird, daß die ihm erteilten Instruktionen mit denen des französischen Botschafters übereinstimmen. Lord D'Albarnon wurde ersucht, den Schritt ohne Zögern vorzunehmen. Auch die italienische Botschaft erhielt endgültig von der Consulta den Auftrag, im gleichen Sinnen zu handeln.

*

Wie verlautet, soll der gemeinsame Schritt der Ententevertreter nunmehr heute nachmittag erfolgen. (Siehe auch zweite Seite.)

Zentralamerikanische Union.

Sonderbericht für die „Wossische Zeitung“.

Von
M. Kieger.

San José de Costa Rica, im Juni.

Der Plan des Zusammenschlusses der zentralamerikanischen Staaten ist alt. Unter spanischer Herrschaft bildeten sie die „Capitanía General de Guatemala“, ein Verwaltungsgebiet. Im Jahr 1821 nach der Befreiung (1821) taucht immer wieder der Plan der Vereinigung der fünf Staaten auf. Verschiedentlich versuchten auch Diktatoren, von ihrem Staat aus die anderen mit Gewalt zu vereinigen. Auch friedliche Versuche fehlten nicht; die wichtigsten sind 1859 in Salvador: „Vertrag über provisorische Union der mittelamerikanischen Staaten“ und der mittelamerikanische Friedens- und Freundschaftsvertrag (Washington 1907). Zu einem wirklichen politisch-wirtschaftlichen Bündnis kam es jedoch nie.

Heutzutage erkennt man die Notwendigkeit solchen Zusammenschlusses mehr denn je. Jetzt wird die alte Idee wieder aufgegriffen. Nach langen Beratungen in San José de Costa Rica war im Januar 1921 der Unionsvertrag fertiggestellt, dem die Vertreter von vier Republiken zustimmten: Guatemala, Honduras, El Salvador, Costa Rica. Der fünfte Staat, Nicaragua, trat bald von den Verhandlungen zurück. — Auf die Gründe hier einzugehen, würde zu weit führen. — Nun wurde der Unionsvertrag den Parlamenten vorgelegt: Guatemala, Honduras, El Salvador stimmten bereits vor einigen Monaten dafür. Costa Rica aber, die kleinste der fünf mittelamerikanischen Republiken, hat jetzt mit 20 gegen 19 Stimmen sich gegen die Union erklärt. (Für diese Verfassungsänderung wäre eine Zweidrittelmehrheit erforderlich gewesen.) Zwar besteht in der Theorie noch die Möglichkeit, daß ein Antrag der Minderheit durchgeht, nämlich den Unionsvertrag in einem Jahre wieder zur Abstimmung vorzulegen. Doch scheint es so gut wie ausgeschlossen, hierfür die nötige Mehrheit zu bekommen. Selbst bei günstigem Ausfall der Abstimmung im Kongress wäre der Anschluß noch nicht gesichert gewesen, weil dann der Unionsvertrag noch einer Nationalversammlung vorgelegt worden wäre. —

Diese Entscheidung ist erstaunlich. Denn für die fünf Staaten ist der Zusammenschluß eine Notwendigkeit. Ganz Mittelamerika ist ein Wirtschaftsgebiet. Die gleichen wirtschaftlichen Interessen, die gleiche Rasse, dieselbe Sprache.

Heutzutage liegt der Vergleich mit europäischen Verhältnissen nahe. Der Costa-Ricenser Minister des Äußeren bemerkt sehr richtig: „Ich denke hierbei an Deutschland. Die Entente trachtet danach, das Deutsche Reich nach seiner Niederlage zu zerteilen und sieht mit Bedenken die Anstrengungen Deutschlands zur Erhaltung der Einheit, weil man deren Wert kennt.“

Gerade Costa-Rica hätte besondere Ursache, einen schnellen Anschluß an die Stammesbrüder durchzusetzen. Ein Blick auf die Landkarte zeigt seine gefährliche Lage: zwischen dem Panamakanal und dem geplanten Nicaragua-Kanal. Nun steht das Ländchen mit knapp einer halben Million Einwohner ganz isoliert! Oft zeigen sich diese kleinen Länder schmerzlich enttäuscht über die geringe Beachtung, die man ihnen schenkt. Es ist ihnen nicht unbekannt, daß der Durchschnittseuropäer von ihrer Existenz kaum eine Ahnung hat. Nach dem Abschluß der Union würde Mittelamerika mehr als 5 Millionen Einwohner auf einer Fläche größer als Frankreich, England und Italien zusammen aufweisen: ein durchaus beachtenswertes Gebiet! Man sieht, wie dünn bevölkert diese Länder sind, große Strecken sind so gut wie unerforschter Urwald, und vereinzelt von Indianern bewohnt. Alle diese Länder haben große Zukunftsmöglichkeiten, doch liegen die Bodenschätze meist ungenutzt; es fehlt vor allem an Kapital. Industrie hat Zentralamerika so gut wie gar nicht. Der Handel ist zum größten Teil in Händen von Ausländern.

Jede der Republiken ist einzeln zu schwach, nur durch Zusammenfassung käme ihnen wirtschaftlicher Fortschritt, sonst bliebe allein beim alten. Oder es könnte noch anders kommen. Wirtschaftlicher Fortschritt, ja. Aber durch ausländisches Kapital (man denke an Panama und Nicaragua), und dann ginge es langsam aber sicher zu Ende mit der geliebten Selbstständigkeit, die die Separatisten auf ihre Fahne schreiben. Doch einer absoluten lokalen Selbstständigkeit opfern sie unbedenklich die ganze Zusammenfassungsbereitschaft.

Schwierigkeiten sind unbestreitbar vorhanden, eine der größten ist der Mangel an Verbindungen der einzelnen Staaten untereinander. Nur wenige Eisenbahnlinien gibt es. — 3. B. hat die geplante Bundeshauptstadt Tegucigalpa (Honduras) überhaupt keine Bahn — schlechte Schiffsverbindungen, Telegraph und Telefon ganz ungenügend, an allem fehlt es. Die Reise von einem Staat zum andern dauert Wochen.